

Karl Öllinger, Abg. z.NR

Grüner Klub im Parlament

1017 Wien

**Zentrale Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption
Dampfschiffstraße 4
1030 Wien**

Fax: +43 1 52 1 52 5920

Wien, 14.2.2013

Betr. Anzeige wegen des Verdachts der Untreue (§ 153 StGB) gegen den Vorstand der TIWAG und wegen des Verdachts des (versuchten) Amtsmissbrauchs bzw. der Anstiftung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir ist folgender Sachverhalt zur Kenntnis gekommen, den ich hiermit der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption anzeige.

Die Fa. TIWAG – Tiroler Wasserkraft AG, Eduard Wallnöfer Platz 2, 6020 Innsbruck hat im Jahr 2005 einen Auftrag für Leistungen im Zusammenhang mit der Kommunikations- und Medienberatung zur Umsetzung ausgewählter Kraftwerksoptionen ausgeschrieben, den die Fa. Hofherr kommunikation gmbh, Stiftgasse 16/ 4 6020 Innsbruck als Bestbieter erhalten hat.

Der Umfang und die Inhalte der Leistungen, die durch Hofherr kommunikation erbracht werden sollten, ist in einem Bericht des Landesrechnungshofes Tirol zur Sonderprüfung bei der „TIWAG“ http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/landtag/landesrechnungshof/downloads/ber_2011/E2011SonderpruefungTIWAG_Kaunertal.pdf beschrieben.

Die Sonderprüfung des Landesrechnungshofes erfolgte auf Antrag der Grünen und der Liste Fritz Bürgerforum Tirol, nachdem in der Öffentlichkeit Vorwürfe der Internetseite dietiwag.org diskutiert wurden, wonach es bei den Gemeinderatswahlen 2010 zu politischer Korruption im Zusammenhang mit der TIWAG bzw. der Agentur Hofherr kommunikation gekommen sei.

Der Landesrechnungshof stellte in seinem Prüfbericht eine deutliche Überschreitung der vereinbarten Stundenleistungen fest und konnte andererseits von Hofherr kommunikation verrechnete Leistungen nicht zuordnen, da die entsprechenden Dokumente aufgrund eines von Hofherr kommunikation behaupteten Datendiebstahls nicht vorgelegt wurden (LRH, Prüfbericht, p.32). Die Agentur Hofherr hat im Jahr 2010 den Auftrag der TIWAG aufgrund dieses behaupteten Datendiebstahls bis zur Klärung der Vorwürfe durch den Landesrechnungshof zurückgelegt. Der behauptete Datendiebstahl wurde – wie der Landesrechnungshof feststellt (p. 19, Fußnote)- „aus internen Überlegungen“ nicht angezeigt.

Nunmehr sind auf der Internetseite [dietiwag.org](http://www.dietiwag.org) neue Dokumente <http://www.dietiwag.org/index.php?id=4080> veröffentlicht worden, die den Verdacht rechtfertigen, dass die Fa. Hofherr kommunikation im Rahmen des Auftrags der TIWAG ein Strategiepapier für die ÖVP Tirol bzw. deren Spitzenkandidaten, den damaligen Landeshauptmann Dr. Herwig van Staa, verfasst hat.

Das Strategiepapier trägt den Titel „Tirol wählt. Strategische und kommunikative Überlegungen“ und wurde im elektronischen Ordner „TIWAG“ von Hofherr kommunikation hinter dem Dateinamen „Kühtai.doc“ am 10. April 2008 angelegt. Der Dateiname „Kühtai.doc“ soll offensichtlich eine Leistung für das Kraftwerksprojekt Kühtai vortäuschen.

In dem Dokument, das eindeutig als strategische Beratung der ÖVP Tirol für die Landtagswahl 2008 gedacht ist, heißt es zum Beispiel:

„Der Zeitpunkt für die Initiierung des Fonds ist in Bezug auf die Landtagswahl relativ spät gewählt und birgt (sic!) deshalb einige Risiken, die aber beherrschbar sind. Natürlich wird die Politische Konkurrenz die Aktion als „Wahlkampfgeg“ bezeichnen. Dem kann und muss entschieden und „gebetsmühlenartig“ entgegen getreten werden“ („Tirol wählt“, p.6).

An anderer Stelle im Dokument wird sogar davon gesprochen, dass die Aktionen, „soweit dies möglich ist“, „im Rahmen der Landesverwaltung abgewickelt“ werden: *„Die Federführung übernehmen der Landesamtsdirektor Dr. Josef Liener und die Leiterin der Finanzabteilung Dr. Ida Hintermüller, die auch in der Steuerungsgruppe dabei sind“.*

Gemäß dieser der ÖVP vorgeschlagenen Wahlkampfstrategie soll die Landesverwaltung den Spitzenkandidaten der ÖVP (und Landeshauptmann) im Landtagswahlkampf 2008 bei einer Wahlkampfaktion der ÖVP unterstützen.

Inwieweit dadurch bzw. durch Schritte zur Umsetzung auch der Verdacht des Amtsmissbrauchs bzw. einer Anstiftung zum Amtsmissbrauch (§ 302 StGB) in Verbindung mit den §§ 5 und 12 StGB und bzw. verwandte Straftatbestände vorliegen, ersuche ich ebenfalls zu prüfen.

Die zentrale Idee des ÖVP-Strategiepapiers „Tirol wählt“ ist die Schaffung eines Fonds „Solidarisch mit Tirol“, dessen Mittel „zum Teil aus Steuergeldern“ (15 Millionen Euro), zum Teil aber auch von der TIWAG (5 Millionen Euro) kommen sollen. Die im Papier angedachten operativen Maßnahmen

zur Umsetzung der Fondsidee haben offensichtlich nur beschränkt bzw. verspätet (Gespräche mit den Sozialpartnern) stattgefunden und dürften auch keine Beschlüsse der zuständigen politischen Organe (Landesregierung, Landtag) vorliegen.

Tatsächlich wurde der Vorschlag aus dem ÖVP-Strategiepapier, den Fonds „relativ spät“ zu präsentieren, erst in der Stunde höchster Not präsentiert, nachdem alle Umfragen einen „historischen Tiefststand“ (etwa Tiroler Tageszeitung, 17.5. 2008) für die ÖVP prognostizierten.

Am 23.5. 2008 fand jedenfalls ein Meeting von Vorstand (gemeint ist offensichtlich TIWAG), ÖVP-LGF (gemeint ist offensichtlich der damalige Landesgeschäftsführer der ÖVP, Johannes Rauch) mit der Hofherr Kommunikation statt, das von dieser als „Kontakt Vorstand“ mit drei Stunden unter „Leistungsaufstellung hofherr kommunikation Projekt Kraftwerksoptionen /TIWAG“ verbucht wurde http://www.dietiwag.at/img2/TIWAG_LGF_1200.jpg . Es wäre daher zu prüfen, welches Thema mit Beratung zu Kraftwerksoptionen zwischen ÖVP und TIWAG –Vorstand da wenige Tage vor dem Wahltermin abgehandelt wurde und ob dieser Besprechungstermin TIWAG-ÖVP der einzige war.

Am 1.6.2008 stellte dann jedenfalls der damalige Landeshauptmann van Staa in der ORF-Sendung „Tirol heute“ in der Fernseh-Diskussion der Spitzenkandidaten seinen Plan eines Fonds, zum Teil mit wortidenten Formulierungen wie im Strategiepapier, vor (siehe Anlagen).

Am 3.6.2008 berichtete der „Kurier“ unter dem Titel „LH macht sieben Tage vor der Wahl 30 Millionen Euro locker“, dass der Fonds „schon fast ausverhandelt“ sei und berichtete von einer Gesprächsrunde der Sozialpartner am 2.6. 08, die positiv verlaufen sei, aber auch von der Verwunderung der SPÖ über diesen Plan. In den Pressemeldungen kündigte der Landeshauptmann auch an ,dass die TIWAG den Plan mit 5 Millionen Euro unterstützen werde (siehe Anlagen) .

Auf der Webseite der ÖVP-Innsbruck-Stadt <http://cmstiroloedata.net/10615/?MP=61-4323> ist unter dem Titel „Solidarisch für Tirol“ nicht nur die im Strategiepapier entwickelte Fondsidee („Solidarisch mit Tirol“) kurz präsentiert, sondern auch zu lesen, dass – laut LH van Staa - die TIWAG im Rahmen ihrer Bilanzpressekonferenz bekannt gegeben habe, fünf Millionen Euro für soziale Initiativen zur Verfügung zu stellen (siehe Anlagen).

Es wäre daher auch zu prüfen, ob die Organe der TIWAG entsprechende Beschlüsse gefasst haben und wie diese gegebenenfalls zustande gekommen sind.

Die Arbeit für das Strategiepapier „Tirol wählt“, das der Hofherr –Mitarbeiter Eugen Stark verfasste, wurde vermutlich, wie dem Dateititel „Kühtai.doc“ zu entnehmen ist, über den Leistungsbereich „Kraftwerksprojekte“, den der Landesrechnungshof mit insgesamt 2.722 durch Hofherr verrechneten Stunden beziffert, abgerechnet. Aus den vom Landesrechnungshof Tirol in den Jahren 2008 bis 2010 (1. Halbjahr) durch Hofherr abgerechneten Summen ergibt sich für das Jahr 2008 eine überdurchschnittlich hohe Rechnungssumme (367.464 Euro) gegenüber 2009 (289.935 Euro) bzw. dem ersten Halbjahr 2010 (72.766 Euro).

Da bei derartigen „strategischen Beratungsleistungen“ von einem bestimmten Ausmaß an Vorarbeiten, Ideenentwicklung bis hin zum Verfassen des Papiers ausgegangen werden kann, werden hier 100 Stunden angenommen, was – gemessen an dem vermutlichen Beraterhonorar des Mitarbeiters Stark, das 2005 bei 170 Euro für die Stunde lag – eine Leistung von 17.000 Euro

bedeuten würde, eine Summe, die im überdurchschnittlichen Beratungsaufwand für das Jahr 2008 nicht weiter auffällt.

Der unterzeichnete Anzeigenleger sieht in den geschilderten Umständen und vorliegenden Dokumenten die Grundlage für den Verdacht der Untreue durch die verantwortlichen Organe der TIWAG (allenfalls wäre der Verdacht des Betrugs durch Hofherr communication zu prüfen, falls nicht mit Wissen der TIWAG-Organe im Rahmen des TIWAG-Auftrags Wahlkampfarbeit für die ÖVP geleistet wurde) . Möglicherweise wurden aber bei den Schritten zur angekündigten Umsetzung der Fondsidee auch Organe des Landes dazu veranlasst, Amtsgeschäfte im Interesse der wahlwerbenden Partei ÖVP vorzunehmen, was einen Missbrauch der Amtsgewalt bzw. des Versuches sowie der Anstiftung dazu bedeuten würde. Ich ersuche daher die Behörde, die geeigneten Ermittlungen und Überprüfungen vorzunehmen bzw. mich vom Ergebnis in Kenntnis zu setzen.

Hochachtungsvoll



Karl Öllinger

Anlagen:

Dokument „kühtai.doc“:“Tirol wählt. Strategische und kommunikative Überlegungen“

ORF-Tirol heute 1.6.2008, Transskript der Diskussion der Spitzenkandidaten

ORF –Radio Tirol, 2.6.2008, 17.30h

Kurier, 3.6.2008

Kronen-Zeitung, 3.6.2008

Österreich, 5.6.2008

Screenshot ÖVP-Innsbruck “Für ein starkes Tirol”

Tirol wählt

Strategische und kommunikative Überlegungen

Politics is dominated by ideas. Money does not talk, without a message, it has nothing to say.

(Dick Morris)

I. ANALYSE

A. Die Ausgangslage

1. Vorbemerkung zu politischen Initiativen

Wahlinitiativen werden in enger Abstimmung mit den Wählerwünschen geführt. Genau so werden Initiativen zwischen den Wahlen an die Erwartungen der Menschen angepasst.

Die Initiative: „**Solidarisch mit Tirol**“ ist eine Maßnahme der Landesregierung. Darauf ist in der Kommunikation zu achten.

Initiativen brauchen die **Glaubwürdigkeit der Proponenten**. Wenn die Themen zu den Personen passen und den Menschen „unter den Nägeln brennen“ dann lassen sich die Ziele einer Initiative erreichen. Es sind dies:

- Themenführerschaft bei den Menschen im Land
- Themenführerschaft bei den Medien
- Unterscheidung vom politischen Mitbewerber

Eine politische Initiative ist eine **Abfolge von Kommunikationsereignissen** mit einheitlichem Stil, einheitlichen Botschaften, mit Gesichter und Namen. Es wird eine **Beziehung zu den Menschen** aufgebaut. Der Kontakt zu den Menschen muss laufend erfolgen um dauerhaft in Erinnerung zu bleiben.

Es geht in jeder Initiative um die **Gestaltung der Zukunft**. Es geht entweder um einen Wechsel oder um die **Bestätigung eines eingeschlagenen Weges**.

Initiativen werden nach bestimmten Grundsätzen gestaltet, haben **konstante Elemente** (Personalisierung, Emotionalisierung...) und funktionieren nur mit **Inszenierung**.

Sehr wichtig sind **Überraschungselemente**, die auch im Brechen von Tabus bestehen können bzw. sogar sollten.

In politischen Initiativen ist Tempo wichtig. „**speed kills**“ gilt immer noch, trotz Etikettierung durch Andreas K.

Die Botschaften einer Initiative werden strategisch entwickelt und bis ins Detail geplant. Auch das **Design von Botschaften** erfolgt systematisch nach bewährten Grundsätzen.

Am Ende der Initiative muss die **Mobilisierung der Wähler** stehen.

2. Stimmungslage im Land

Die Stimmung in der Bevölkerung ist derzeit sicher geprägt von einem Gefühl, denen ausgeliefert zu sein, welche die Preise für die notwendigen und wichtigen Dinge des Lebens machen. Die Medien erzeugen und verstärken ein **Unzufriedenheitsgefühl**, das auch jene erfasst, die sich auch höhere Preise leisten können und die nur einen geringen Anteil ihres Einkommens für die Güter des täglichen Gebrauchs ausgeben.

Die Diskussion um die Inflation wird verstärkt durch eine **Diskussion um die Verteilungsgerechtigkeit und die Steuerlast**. Als Verlierer wird hier der Mittelstand gesehen. Die großen Gewinner sind Einkommen aus Kapital, aus Unternehmen und aus Stiftungen. Das Gefühl der Unzufriedenheit wird verstärkt durch die **Diskussion um die Steuerreform**, die zum Zankapfel auf Bundesebene wurde. Das Trommeln des Schlagwortes „Entlastung“ hat Wirkung gezeigt.

Für viele Menschen klingen die Meldungen über Rekordergebnisse in der Wirtschaft, über Umsatz- und Gewinnsteigerungen und Wirtschaftswachstum wie blanker Hohn. Sie selbst spüren davon wenig. Ihre **Einkommenssteigerungen werden von der Inflation mehr als aufgefressen**.

Für unangenehme Entwicklungen wird immer auch die Politik verantwortlich gemacht und zwar unabhängig davon, ob diese wirklich daran etwas ändern kann. Leid tragend an solchen Entwicklungen sind die Regierungsparteien und dort fast immer der größere Partner **unabhängig von den Zuständigkeiten** in der Landesregierung.

In einem Bundesland fokussieren sich die Erwartungen und auch die Enttäuschungen auf den **Landeshauptmann**.

3. Die bestimmenden Themen

Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen dreht sich um folgende zentrale Themen:

- **Teuerungswelle** und die damit verbundene Belastung der Menschen (Heizkosten, Treibstoff, Wohnen, Lebensmittel)
- **Verteilungsgerechtigkeit, Steuergerechtigkeit**
- **Verfügbarkeit** und **Leisbarkeit** von Kinderbetreuungseinrichtungen
- **Die Wohnkosten in Tirol** sind zu hoch. Die Menschen werden über Gebühr belastet. Baugrund und Wohnungen sind teuer.

- **Wege aus der Energiefalle.** Nutzung alternativer Energien. Hilfe beim Umstieg auf kostenstabile und CO2 neutrale Energieträger.

4. Schlussfolgerung

Auch die Menschen in Tirol sind angesteckt von einer **Stimmung der Unzufriedenheit** und das zu einem guten Teil unabhängig davon, wie es ihnen- objektiv betrachtet- wirklich geht.

In dieser Situation sind die Menschen **anfällig für einfach formulierte Botschaften**, die eine Lösung für komplizierte und schwierige Botschaften versprechen.

Von der Politik werden wirksame **Entlastungsmaßnahmen** gefordert und erwartet.

Wer glaubwürdig vermittelt, dass er die Sorgen ernst nimmt, die Probleme der Menschen kennt und alles daran setzt um den Menschen in einer schwierigen Situation beizustehen, wird **Zustimmung für diesen Weg** bekommen.

II. FONDS „SOLIDARISCH MIT TIROL“

A. Der Fonds

1. Die Idee

Das Bundesland Tirol steht finanziell sehr gut da, hat eine geringe Verschuldung, sehr gut wirtschaftende Landesgesellschaften und- im Gegensatz zu anderen Bundesländern- sein **Familiensilber zu 100 Prozent behalten** und nicht verkauft. Das Land Tirol hat die finanzielle Kraft jenen zu helfen, die es derzeit schwer haben und Entwicklungen gegen zu steuern, die zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft führen.

Wovon im Bund und in vielen Bundesländern nur die Rede ist, das hat Tirol: ein **ausgeglichenes Budget ohne Neuverschuldung**.

LH Herwig van Staa hat die soziale Situation der Menschen unter dem Schlagwort „**Daseinsfürsorge**“ zu einem zentralen Inhalt seiner Politik gemacht. In Fragen der sozialen Gerechtigkeit ist der LH glaubwürdig und authentisch.

Die Teuerung, vor allem bei Heizkosten wurde bereits durch erste Maßnahmen, wie Erhöhung des Heizkostenzuschusses abgedeckt. Die Tarife für den ÖPNV und auch die Stromtarife wurden nicht erhöht. Das allein hat aber noch nicht ausreichend zur Beruhigung beigetragen.

2. Die Fondskonstruktion

Im Land Tirol werden über Initiative des LH **30 Millionen Euro für die Aktion „Solidarisch mit Tirol“** zur Verfügung gestellt. Das Geld kommt zum Teil aus Steuergeldern, aber auch aus Unternehmen und Organisationen, die sich daran beteiligen.

Die Begründung liegt in der **Schieflage der Verteilungsgerechtigkeit**. Die Menschen haben durch Entwicklungen, die nur im geringen Einflussbereich des Landes liegen, große Belastungen und deshalb weniger Geld in der Tasche.

Das Land kann den Ölpreis nicht senken, aber den Menschen helfen.

Es geht aber nicht nur um kurzfristige Maßnahmen. Es geht auch um einen Impuls für die Zukunft. Es geht um kurzfristige Maßnahmen und um die Einleitung von langfristigen Entwicklungen. Deshalb geht ein Teil des Geldes in Zukunftsbereiche, wie alternative Energien.

Die angestrebten 30 Millionen teilen sich auf die verschiedenen Bereiche wie folgt auf:

Kindergartengeld für das Jahr vor der Schule:	10 bis 12 Mio.
Jugendarbeit:	5 Mio.
Leistbares Wohnen	5 Mio
Alternative Energie	4 Mio
Pendlerunterstützung	4 Mio

3. Die Steuerung des Fonds

Die Federführung liegt beim LH. Er lädt die Sozialpartner und anerkannte Fachleute aus dem Sozialbereich ein, mit ihm die Maßnahmen zu entwickeln, die den Menschen wirklich helfen.

Der LH setzt ein **Expertenteam** ein, das nach klaren Vorgaben sehr rasch die Vorschläge für wirksame Maßnahmen entwickelt.

Die **Stergruppe unter Leitung des LH** tritt nach außen auf und ist hochkarätig besetzt. Mitglieder sind:

LH Herwig van Staa

Dr. Josef Liener

Dr. Ida Hintermüller

Präsident Jürgen Bodenseer

Präsident Josef Hechenberger

Präsident Erwin Zangerl

Präsident Dr. Reinhard Schretter

Obmann Franz Reiter

Altbischof Alois Stecher

Diese Steuergruppe wird erst um den 15. Mai konstituiert und fungiert als eine Art Aufsichtsrat.

Ende Mai findet ein Treffen des **Solidaritätskomitee Tirol** statt, das eine Vielzahl von **Menschen mit Verantwortung für Tirol** zu einem Meinungsaustausch versammelt.

4. Die Arbeitsweise

Die Aktionen werden, soweit dies möglich ist, im Rahmen der Landesverwaltung abgewickelt. Die Federführung übernehmen der Landesamtsdirektor Dr. Josef Liener und die Leiterin der Finanzabteilung Dr. Ida Hintermüller, die auch in der Steuergruppe dabei sind.

B. Inszenierung und Kommunikation

1. Überlegung

Der Zeitpunkt für die Initiierung des Fonds ist in Bezug auf die Landtagswahl **relativ spät gewählt** und birgt deshalb einige Risiken, die aber beherrschbar sind. Natürlich wird die Politische Konkurrenz die Aktion als „Wahlkampfgeg“ bezeichnen. Dem kann und muss entschieden und „gebetsmühlenartig“ entgegen getreten werden.

Es geht um die Solidarität mit den Menschen.

Die Menschen brauchen jetzt unsere Solidarität.

Diese wichtige Aktion ist mir (LH) wichtiger als Wahlkampfgeplänkel.

Wer das kritisiert, will keine Entlastung der Tirolerinnen und Tiroler, will Zukunftsinitiativen verhindern, ist nicht solidarisch mit Tirol und seinen Menschen.

Alle Tirolerinnen und Tiroler müssen vom Wirtschaftswachstum profitieren. Wir müssen lokal korrigieren, was global schief läuft.

2. Dramaturgie und Ablauf

Die Aktion braucht eine Dramaturgie, sie **kommt nicht aus heiterem Himmel**, sondern bricht auf, ist jetzt reif und wirklich notwendig. Deshalb muss die Problematik (Entlastung, Zukunftsinitiativen...) jetzt sofort „angeteasert“ werden.

Der LH spricht aktiv die Themen an, von denen die anderen meinen, sie werden ihm „noch auf den Kopf fallen.“ Er besetzt das Thema und gibt die Marschrichtung vor.

„Solidarisch mit Tirol“ wird **vom LH ins Leben gerufen** und entwickelt sich in den nächsten Monaten zum „Selbstläufer.“ Der LH gibt den Anstoß, legt die Landesmaßnahmen fest und lässt die ersten Maßnahmen anrollen.

Der LH formuliert das Ziel: „Wir verdoppeln in Tirol aus eigener Kraft die Auswirkungen des Entlastungspaketes des Bundes. Dafür soll das Land Tirol 30 Millionen Euro zusätzlich bereitstellen.“

Der LH lädt Institutionen und Unternehmen ein, sich an der Aktion zu beteiligen, ihren Beitrag zu leisten und mit ihm gemeinsam Aktionen zu starten, die nachhaltig die Lebenssituation der Menschen in Tirol verbessern.

Die TIWAG beschließt x Millionen für die Entwicklung von alternativen Energien und in die Energieeffizienz zu investieren.

Die Hypo Bank beteiligt sich mit einer Million an Maßnahmen für die Entlastung der Wohnkosten. (Als Abwickler der Wohnbauförderung ist sie hier glaubwürdig.)

Weitere Unternehmen folgen und leisten ihre Beiträge.

Der LH lädt auch die Tirolerinnen und Tiroler ein sich zu beteiligen und mitzumachen. Wer einen Beitrag von 42 Euro (das kostet die Aktion pro Bürger) leistet ist dabei und zeigt seine Solidarität für Tirol. Es gibt dafür ein Pickerl oder ein anderes sichtbares Zeichen. Über ein landesweit erscheinendes Medium wird die **42 EUR Aktion** gepusht.

3. Kommunikationsgrundsätze und Erscheinungsbild

Die Aktion bekommt ein eigenes Erscheinungsbild und besteht aus dem Schriftzug „Solidarisch mit Tirol.“ Die Kommunikation ist zu Beginn getragen von der Verantwortung und geht in weiterer Folge in Begeisterung für den tollen Erfolg über.

Die Kommunikation trommelt **immer wieder die gleichen Botschaften** und betont die Verantwortlichkeit für die Menschen und ihre individuelle Situation. Gerade jetzt im lauten Wahlkampf besteht die Gefahr, dass die Menschen vergessen werden.

Die Kommunikation ist **nicht gönnerhaft und kommt nicht daher, wie eine Hilfsaktion**. Die Aktion ist entstanden aus der Verantwortung für das Land und seine Menschen. Sie Ausdruck einer verantwortungsvollen Politik für die Menschen Tirols, ein Beweis dafür, dass der LH von Tirol Solidarität groß schreibt.

Es wird klar gemacht, dass Tirol nicht an der Entwicklung der Ölpreise, an der Globalisierung und deren Folgen und an der mangelnden Verteilungsgerechtigkeit schuld sein kann. **Wir machen uns aber schuldig, wenn wir nicht solidarisch sind**, wenn wir nicht zusammen halten und wenn wir nichts gegen Kostenexplosion und Belastungswelle unternehmen.

Wir sind verantwortlich dafür, wie wir mit unseren Mitmenschen umgehen. **Nur ein solidarisches Tirol hat Zukunft**. Halten wir zusammen und geben den Menschen worauf sie ein Recht haben.

Die Aussagen können in der derzeitigen Situation **nicht zuviel Rücksicht** nehmen auf mögliche Befindlichkeiten anderer Beteiligten. Es werden die Rahmenbedingungen der Bundespolitik für die „Misere“ verantwortlich gemacht. Hier wird es auch klare Ansagen an den Bund geben müssen und zwar **in Übereinstimmung mit den Wählererwartungen**.

4. Arbeitsschritte und Meilensteine

Vorbesprechung des LH mit LHSTv. Hannes Gschwentner

Sofortige Befassung der zuständigen Beamten und **Auftrag zur Ausarbeitung des Modells** mit Aufteilung der Mittel auf die Förderungsschwerpunkte.

Genaueres **Design der Initiative** mit Wordings, Slogans, optischem Erscheinungsbild und detailliertem Ablauf. **Argumentarien und Wordings** für die möglichen Angriffe der Gegner.

18. April: **Präsentation des Wunsches** mit der Initiative den Bundesbeitrag zur Entlastung zu verdoppeln. LH im Beisein von LHSTv. Hannes Gschwentner.

22. April Beschluss in der **Landesregierung**

25. April: LH lädt **Unternehmen** ein, seinen Weg mitzugehen.

Aktivierung von Partnern und Unterstützern, aktive Beiträge zum Thema, laufende Medienarbeit

7. und 8. Mai Beschluss im **Landtag**

Laufende Kommunikation von Inhalten, Aktionen, teilnehmende Unternehmen etc.

18. Mai: Präsentation mit **Sozialpartnern**

Um den 20. Mai: Start der **42 EURO Aktion** mit einer breiten Medienkooperation.

Um den 25. Mai: große **Solidaritätskundgebung** in der Hofburg mit allen wichtigen Persönlichkeiten des Landes und einem Benefizfest.

Regierung kämpft mit Altlasten vor der Wahl

Katharina Nagele

Innsbruck. Dass die kommende Landtagswahl eine Richtungsentscheidung ist, liegt nicht nur daran, dass es in Fritz Dinkhauser einen ernsthaften Herausforderer gibt. Es hat sich auch einiges an Problemen aufgestaut, die just vor der Wahl immer augenscheinlicher werden. Die beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ versuchen nun, noch wenige Tage vor der Wahl ihre Tatkraft zu demonstrieren.

Sozialfonds

Der letzte Coup gelang Landeshauptmann Herwig van Staa mit seiner Idee eines Sozialfonds. In der ORF-Pressesendung am Sonntag brachte er die Idee auf, 30 Millionen Euro als Soforthilfe gegen die Teuerung flüssig zu machen. 15 Millionen sollen vom Land Tirol kommen, fünf Millionen soll der landeseigene Energieversorger TIWAG beisteuern, der Rest müsste von Sozialpartnern und Unternehmen kommen.

Der Regierungspartner SPÖ kocht. Hatte SP-Chef Hannes Gschwentner doch als Soziallandesrat während der vergangenen Jahre vergeblich um mehr Geld für sein Ressort angesucht: "Allein die Jugendwohlfahrt könnte 300.000 Euro gut gebrauchen, die Sozialsprengel zusätzliche 100.000 usw. Das sind genau jene Posten, die van Staa im laufenden Budget gekürzt hat." Grünen-Chef Georg Willi beanstandet, dass die Menschen zu Bittstellern gemacht würden.

SP-Nationalrat Erwin Niederwieser gibt auch zu bedenken, dass ein derartiger Fonds für Härtefälle bereits existiere. Seit 1981 gebe es den Landes-Unterstützungsfonds, der zuletzt mehr Zinsen erwirtschaftet habe, als an Unterstützungen ausbezahlt worden war.

Müll

Aber auch Juniorpartner SPÖ zaubert auf einmal Lösungen aus dem Hut, für seit Jahren drängende Probleme. So will Landesrat Hans Lindenberger vor der Wahl noch rasch den Bau einer Müllaufbereitungsanlage ausschreiben. Ab Jänner 2009 darf in Tirol nicht mehr Müll in Deponien gelagert werden, der zuvor nicht aufbereitet worden ist. In den anderen Bundesländern ist dies bereits seit 2004 der Fall.

Transit

Zur Erfolgsmeldung sollte auch das sektorale Fahrverbot werden. 1.800 Lkws mehr als im April wurden im Mai, seitdem die Verordnung gilt auf der rollenden Landstraße über den Brenner befördert. Das ist die erste Bilanz der ÖBB. Die von Transitgegner und Wahlkämpfer Fritz Gurgiser fällt naturgemäß weniger positiv aus: "Das sind Peanuts. Außerdem müssen die Lkws zum Verladen erst ins Sanierungsgebiet nach Wörgl fahren."

Bild: Ein dickes Plus:

1.800 Lkws mehr auf rollender Landstraße. LR Lindenberger (SPÖ) zaubert Mülllösung aus dem Hut. Transitgegner Gurgiser kritisiert Regierung.

Tirol heute vom 01.06.2008 19.00 Uhr

Tirol heute (19:00) - Wahl 08: Fernseh-Diskussion

Kramer Katharina (ORF)

Vor der Tiroler Landtagswahl 2008 ist es heute hier im Landesstudio zur großen Fernsehdiskussion gekommen. Chefredakteur Christoph Sailer hat sich mit Tiroler Spitzenpolitikern an einen Tisch gesetzt, um die heißesten Wahlkampfthemen noch einmal durchzusprechen. Im Mittelpunkt gestanden sind dabei die steigenden Lebenskosten, das teure Wohnen, die Macht der Agrargemeinschaften und natürlich das Dauerthema Transit.

Unterweger Robert (ORF)

Angefeuert von Sympathisanten kommt ÖVP-Chef Herwig van Staa, der Titelverteidiger bei der Wahl am achten Juni, ins ORF-Landesstudio. Georg Willi, grüner Spitzenkandidat, wird vom ORF-Direktor begrüßt. Hannes Gschwentner, Spitzenkandidat der SPÖ, stellt sich der Diskussion und auch FPÖ-Chef Gerald Hauser, heute begleitet von seiner Frau. ORF-Tirol-Chefredakteur Christoph Sailer leitet die mit Spannung erwartete Diskussion, groß ist das Medieninteresse. In der Pressestunde geht es heute unter anderem auch um die zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der einzelnen Bewerber.

Gschwentner Hannes (SPÖ)

Das wäre eine spannende Herausforderung, mit einer ÖVP die nicht mehr die absolute Mehrheit hat, hier diese Themen zu diskutieren und die Umsetzung so zu sagen vorzugeben. Aber was mir heute noch ein bisschen zu kurz gekommen ist in der Diskussion, wo wir uns über EU-Themen und Bundesthemen auseinandergesetzt haben, das sind die Chancen der Jugend hier in unserem Land. Weil das, denke ich, ist das Wichtigste wofür wir Tiroler Landespolitiker verantwortlich sind, und da können wir viel tun. Gerade im Bildungsbereich wäre es notwendig konservative, verzopfte Ideologien abzustreifen und neue Wege zu gehen, so wie das andere Bundesländer auch tun, die gemeinsame Schule zu probieren der 10- bis 14-Jährigen, weil wir eines feststellen, wir haben zu wenige junge Menschen im Vergleich zu anderen Bundesländern, die im Verhältnis zur Bevölkerung einen Abschluss mit Matura machen und daher bekommt die Wirtschaft, die bei uns in unserem Land sehr erfolgreich ist, das müssen wir feststellen, zu wenig junge Menschen die einen Ausbildungsgrad haben, der diesen Jobs nützt.

Willi Georg (Grüne)

Manchen in kleinsten Teilbereichen ist besser geworden, aber wir als Grüne wollen, dass die Menschen sich das Wohnen in Tirol wieder leisten können. Wir haben die Lösungen dafür: Gemeindegut zurückgeben an die Gemeinden, dann die ganze Raumordnung verändern, über Widmungen, wir wollen dass die Energiefrage gelöst wird, damit man da rauskommt aus dieser Erdölfalle. Das Leben in Tirol ist zu teuer, das haben Sie inzwischen auch festgestellt, nur wir wollten schon vor fünf Jahren die Veränderungen einleiten, die dafür notwendig gewesen wären. Jetzt haben wir fünf Jahre versäumt, weil Sie zu wenig getan haben. Wir wollen eine Kinderbetreuung, wo die Eltern das Gefühl haben, ich kann mein Kind beruhigt abgeben und ich kann es dann holen, wenn meine Arbeitszeit zu Ende ist, nämlich am Nachmittag um Fünf. Da haben wir viel zu wenig ganztägige, ganzjährige Kinderbetreuungseinrichtungen.

Hauser Gerald (FPÖ)

Punkt eins, noch einmal, die soziale Frage. Das Ungleichgewicht, das sich die letzten Jahre im Land Tirol aufgetan hat, das muss dringend verändert werden. Wir müssen dringend darauf schauen, dass unsere Bevölkerung mit dem Einkommen wieder auskommt und dass wir vom Schlusslicht der Tabelle, was die Löhne und was die Einkommen anbelangt, wesentlich weiter nach vorne kommen. Das Drüberfahren ist aber auch Systematik der ÖVP, Herr Landeshauptmann. Es kann doch nicht sein, dass zum Beispiel bei der TIWAG der Herr Landesrat Streiter 18 500 Euro monatlich als Konsulent bekommen hat, während die Energiekosten explodieren. Das ist also Marke ÖVP, wo man die Bevölkerung einfach wirklich nicht ernst nimmt.

Van Staa Herwig (ÖVP)

Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die Teuerungswelle bei den Heizkosten, Treibstoff, Wohnen, Lebensmittel machen mir große Sorgen, weil es zwar vielleicht nicht immer in großem Ausmaß unsere Wähler betrifft, aber weil es Menschen betrifft, die das zum Leben brauchen. Deshalb in ich dafür, dass wir denen helfen und die Verfügbarkeit und Leistbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen muss gestärkt werden, da hat der Herr Willi völlig recht, deshalb jetzt die Kinder- und Jugend- und Familienoffensive der Tiroler Volkspartei gemeinsam mit der SPÖ im letzten Jahr gestartet. Jetzt neuerlich dynamisiert und das wird ein Schwerpunkt sein: Arbeit Wirtschaft, Kinderbetreuung, Familie. Und jetzt mache ich noch ein Anbot an alle Parteien und an alle Sozialpartner, ich habe nächste Woche ein Sozialpartnergespräch, ich lade alle ein angesichts der Teuerung im Lande ein Sofortpaket

gemeinsam mit der ÖVP zu machen, solidarisch mit Tirol. Ich stelle mir hier vor einen Fonds mit etwa 30 Millionen Euro, wo alle eingeladen werden mit einzuzahlen, die Sozialpartner, und ich höre mir kommende Woche alle Vorschläge an, mein Anbot steht für dieses Teuerungspaketabgeltung mitzumachen, 30 Millionen, ähnlich so groß wie der Landeskulturfonds, für die Menschen im Lande zur Verfügung zu stellen.

Unterweger Robert (ORF)

Offen bleibt in der heutigen Diskussion, ob es nach der Wahl weiterhin eine schwarz-rote Regierung geben könnte oder eine mit Rot, Grün und Dinkhauser oder etwa gar eine Zusammenarbeit der ÖVP mit ihrem Parteirebellen Fritz Dinkhauser. Van Staa betont, nach dem achten Juni mit allen Mitbewerbern reden zu wollen.

Van Staa Herwig (ÖVP)

Na ja, der Fritz Dinkhauser hat ja zunächst erklärt, er täte schon mit der Volkspartei, aber nicht mit mir. Aber ich selbst habe eine solche Forderung an die Liste Dinkhauser nie gestellt, dass ich gesagt hätte, jawohl, mit der Liste schon, aber nicht mit Fritz Dinkhauser. Und Fritz Dinkhauser ändert hier seine Meinung im Wochentakt mindestens drei Mal.

Unterweger Robert (ORF)

Der Koalitionspoker in der Tiroler Landespolitik bleibt also spannend.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der
APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.



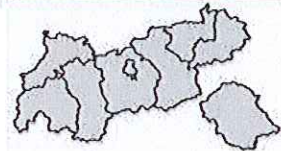
Günther Platter
Landeshauptmann

für ein starkes tirol.



Schriftgröße: A - A - A - A - A

ÖVP Bezirksgeschäftsstelle



PRESSE-DOWNLOADBEREICH

Tiroler Volkspartei

Tiroler VP-Landtagsklub

ÖVP Teilorganisationen

Solidarisch für Tirol...

Solidarisch für Tirol!

LH van Staa nach Sozialpartnerggespräch: „Sozialpartner äußern positives Interesse am Pakt ‚Solidarisch für Tirol!‘“

Heute lud Landeshauptmann Herwig van Staa die Vertreter der Tiroler Sozialpartner zu einem Informationsgespräch ins Landhaus. Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Bodenseer, Landwirtschaftskammerpräsident Josef Hechenberger, IV-Präsident Reinhard Schretter, ÖGB-Präsident Franz Reiter sowie AK-Direktor Fritz Baumann in Vertretung des verhinderten AK-Präsidenten Erwin Zangerl nahmen an diesem Gespräch teil.

„Ich habe dabei den Vertretern der Sozialpartner den Vorschlag eines Paketes gegen die Teuerung unterbreitet. Unter dem Motto ‚Solidarisch für Tirol‘ wollen wir insgesamt 30 Millionen Euro für Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung bereitstellen“, erläutert der Landeshauptmann. „15 Millionen davon wird das Land Tirol zur Verfügung stellen. Die TIWAG hat im Rahmen der Bilanzpressekonferenz bekannt gegeben, fünf Millionen Euro für soziale Initiativen, die Menschen in schwieriger wirtschaftlicher Lage zu Gute kommen sollen. bereit zu stellen. Die weiteren 10 Millionen sollen durch Beiträge der Sozialpartner sowie von Tiroler Unternehmen beigesteuert werden“, berichtete LH van Staa.

„Die Vertreter der Sozialpartner haben diesen Vorschlag mit positivem Interesse aufgenommen“, gab der Landeshauptmann im Anschluss an die Sitzung bekannt.



letzte Meldungen

- Zeit für neue Politik
- Innsbruck wählt morgen seinen neuen Bürgermeister
- Neuer Tiefpunkt im Wahlkampf
- Überparteilicher Schulterschluss für Dr. Christoph Platzgummer
- Platzgummer: Kinderbetreuung ganztägig und ganzjährig anbieten

*Ti, Morgen***Im Kampf gegen die steigenden Lebenserhaltungskosten setzt LH van...**

Im Kampf gegen die steigenden Lebenserhaltungskosten setzt LH van Staa nun auf einen mit 30 Mill. Euro dotierten "Soforthilfe-Fonds". Erste Gespräche mit den Sozialpartnern verliefen gestern positiv. 15 Mill. Euro stellt das Land, 5 Millionen die Tiwag zur Verfügung. Den Rest sollen Sozialpartner und Firmen bezahlen.

Nachdem van Staa Sonntag ankündigte, einen "Soforthilfe-Fonds" für soziale Härtefälle ins Leben zu rufen, ließ er am Montag seinen Worten Taten folgen. Er lud die Sozialpartner-Chefs Jürgen Bodenseer (Wirtschaftskammer), Josef Hechenberger (Bauernkammer), Reinhard Schretter (Industrie), Franz Reiter (ÖGB) sowie Erwin Zangerl (AK) zu einem Gespräch ins Landhaus. "Das soll auch der Start für eine neue Zusammenarbeit zwischen Sozialpartnern und Regierung sein", spielte van Staa auf den Abgang von Fritz Dinkhauser als AK-Chef an. Und nachdem die Präsidenten VON MARKUS GASSLER

beim Landeshauptmann ihre Wünsche und Anregungen deponierten, präsentierte er ihnen seinen "Soforthilfe-Fonds". Nach dem Tiroler Kindergeld plus sowie der Erhöhung von Pendlerpauschale und Kilometergeld sei das ein weiteres Mittel im Kampf gegen die Teuerungswelle. Der mit 30 Millionen Euro gefüllte Topf wird mit 15 Mill. vom Land und mit 5 Mill. von der Tiwag gespeist. Den Rest sollen Sozialpartner und Firmen beisteuern. Grundsätzlich begrüßen diesen Vorschlag alle Sozialpartner. Nur ÖGB-Chef Reiter hat bezüglich der Finanzierung Vorbehalte: "Das Geld dazu muss schon das Land alleine aufbringen, das ist nicht Aufgabe der Sozialpartner."

LH macht sieben Tage vor der Wahl 30 Millionen Euro locker

Verwunderung bei SP - Am Sonntag versprochen, am Montag schon fast ausverhandelt. 30 Millionen Euro sollen im Pakt "Solidarisch für Tirol" sein, den Landeshauptmann Herwig van Staa während der Pressestunde aus dem Ärmel geschüttelt hat. Das Geld soll zur Bekämpfung der Teuerung bereitgestellt werden.

Am Montag fand eine Gesprächsrunde mit den Sozialpartnern statt, das Echo, so Van Staa, sei äußerst positiv gewesen.

Von den 30 Millionen sollen 15 vom Land kommen, fünf will die TIWAG beisteuern. Bei den restlichen zehn hofft Van Staa auf die Sozialpartner.

Landeshauptmann-Stellvertreter Hannes Gschwentner hätte für 560.000 Euro aus diesem Topf auf der Stelle Verwendung: Einrichtungen der Jugendwohlfahrt könnten 300.000 Euro gut gebrauchen, die Sozialsprengel zusätzlich 100.000 Euro, die Schuldnerberatung 60.000, usw. Gschwentner: "Das sind genau jene Posten, die Van Staa im laufenden Budget gekürzt hat. Damals war sein soziales Herz noch nicht so groß wie sieben Tage vor der Wahl."

Radio Tirol - Abendinformation (17:30) - Vorschlag von van Staa: Solidaritätspaket für Tirol

Weglehner Alexander (ORF)

Tirols Landeshauptmann Herwig van Staa hat gestern im Rahmen der ORF-Pressestunde ein Solidaritätspaket für Tirol in Aussicht gestellt. Ein 30-Millionen-Euro-Pakt, um die plötzlichen Teuerungen auf allen Ebenen für die Tiroler Bevölkerung abzufedern. Heute Vormittag gab es auch sofort ein Gipfelgespräch mit Vertretern der Sozialpartner, die sich nach dem Willen van Staas an diesem Solidaritätspaket beteiligen sollen. Sybille Brunner berichtet.

Brunner Sybille (ORF)

Details, Inhalte, konkrete Begünstigte dieses Solidaritätspakts, all das ist auch nach diesem heutigen Gipfelgespräch zwischen Landeshauptmann und Sozialpartnern noch unklar. Schon klarer ist, woher ein Teil der 30 Millionen kommt. 15 Millionen soll das Land zur Verfügung stellen, fünf Millionen kommen von der TIWAG, kündigt Herwig van Staa an:

Van Staa Herwig (ÖVP)

Es werden noch einige Unternehmungen ja gebeten werden, wir werden sehen ob es nicht andere Menschen auch im Lande gibt, die im Wege eines Beitrages hier etwas beitragen, wie wir das auch bei der Solidaritätsaktion erlebt haben anlässlich der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe 2005.

Brunner Sybille (ORF)

Auch die Sozialpartner sollen sich beteiligen. Fix ist allerdings noch nichts. Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Bodenseer etwa will sich die Sache erst noch im Detail anschauen. Ohnehin würde es mindestens ein halbes Jahr dauern, bis das Solidaritätspaket beschlossene Sache sein kann und ohnehin muss vorher noch eine Landtagswahl mit ungewissem Ausgang geschlagen werden.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der
APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.

